

# Semesterticket – eine kritische Betrachtung

Alle reden darüber, aber viele wissen nicht wirklich Bescheid. Die Rede ist vom Semesterticket, also der Idee, einen Kollektivbetrag auf Basis der (verpflichtenden) ÖH-Mitgliedschaft einzuheben, um damit ein Ticket zu erstehen, welches allen Studierenden ermöglicht, die öffentlichen Verkehrsmittel zu einem reduzierten Preis zu benutzen. Natürlich ist es eine feine Sache, verbilligt unterwegs zu sein, und es ist durchaus richtig, daß dieses System in Deutschland schon länger funktioniert, aber wenn die Sache genauer beleuchtet wird, ergeben sich einige Unterschiede zu der Situation in Deutschland (Numerus clausus, Studierendenvertretung ist rechtlich anders einzustufen, Beihilfen werden anders vergeben,...).

Bis jetzt wurden größtenteils die Vorteile des Semestertickets verbreitet. Ich möchte hiermit einmal ein etwas kritischere Betrachtung der Sachlage wagen. Wie sieht eigentlich das gesamte Prozedere aus? Nach dem gültigen Zentralausschußbeschuß darf die Urabstimmung, welche im Zuge der ÖH-Wahlen vom 18.- 20. Mai abgehalten werden soll, nur stattfinden,

wenn ein konkretes Verhandlungsergebnis mit den lokalen Verkehrsbetrieben erzielt wird. Dies ist der erste Stolperstein, denn die Verkehrsbetriebe werden sicher bei den Verhandlungen eher auf ihren Vorteil achten als auf das Allgemeinwohl der Studierenden. Weiter geht es mit dem Ausgang der Urabstimmung: Nach gültigem Hochschulerschaffsrecht ist das Ergebnis der Urabstimmung nicht bindend, also nur eine Art „Vorschlag“. Und abgesehen von formalen und veraltungstechnischen Problemen ist die Situation für Ausnahmen, dh zB Studierende, welche schon eine Freistellung besitzen, Auslandssemester usw., noch nicht geklärt.

Treten wir einen Schritt zurück und blicken in die Zukunft. Wenn wir jetzt zu einem kollektivgesponserten Semesterticket „Ja“ sagen, was spricht dann gegen eine Erhöhung des Pflichtbeitrages, um alle Studierenden mit Skripten zu versorgen? Viele gehen auch in die Mensa: Also nochmals erhöhen, und alle gehen in die Mensa (mehr oder minder freiwillig). Garantierte Labor- und Übungsplätze? Kein Problem, zahlen wir halt ein bißchen mehr. So

oder ähnlich könnte diese Liste beliebig weitergeführt werden, und es läuft darauf hinaus, daß wir uns selbst Studiengebühren einführen bzw. wir einen Argumentationsnotstand haben, wenn irgendwer Studiengebühren fordert.

Wir werden ja sehen, wie sich die Sache entwickelt, was die Verkehrsbetriebe sagen und was bei einer eventuellen Urabstimmung herauskommt, aber ich bin der Meinung, daß die Idee zwar lieb und nett ist, aber längerfristig und zu Ende gedacht mehr Nachteile als Vorteile für alle Studierenden bringt.

• Michael Hausenblas

Anmerkung des Herausgebers:

Bei diesem Artikel handelt es sich um die persönliche Meinung des Autors, die nicht mit der offiziellen Meinung der Hochschülerschaft an der TU Graz übereinstimmt.

Für den Herausgeber:  
Alexander List, Vorsitzender der HTU

LANDESGELER <sup>Stefan B</sup>

heute: KÄRNTNER WAHLWERBUNG '99

BIN I LEI ANA ?

